

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Oktober 2002



Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Oktober 2002 – Jahrgang 29, Nr. 4

© 2002 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7826, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021. E-Mail: <chases@gao.gov>).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US \$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der *Zeitschrift* zu richten – P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

- | | |
|----|---|
| 1 | Leitartikel |
| 3 | Kurzmitteilungen |
| 7 | Kampf gegen die Korruption |
| 10 | Prüfung von Hilfsprojekten für Opfer von Naturkatastrophen |
| 13 | Länderprofil: Georgien |
| 16 | Neuerscheinungen |
| 17 | INTOSAI Intern |

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
Sheila Fraser, Auditor General, Kanada
Mohamed Raouf Najar, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Clodosbaldo Russian Uztegui, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Gloria Jarmon (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda J. Sellavaag (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)
Deepak Narain (ASOSAI-Indien)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (USA)

Verwaltung/Finanzen

Sebrina Chase (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea, Vorsitzender
Arpád Kovács, Präsident, Allami Számvevőszék, Ungarn, Erster stellvertretender Vorsitzender
Tawfik I. Tawfik, State Minister and President, General Audit Bureau, Saudi-Arabien, Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Österreich, Generalsekretär
Mohammed Gawdat Ahmed El-Malt, President, Central Auditing Organization, Ägypten
Arah Armstrong, Director of Audit, Audit Department, Antigua und Barbuda
Valmir Campelo, Ministro, Presidente do Tribunal de Contas da União, Brasilien
Leopold A.J. Quedraogo, Inspecteur Général d'Etat, Burkina Faso
Vijayendra Nath Kaul, Comptroller and Auditor General, Indien
Tutomu Sugiura, President, Kaikeikensain, Japan
Bjarne Mørk Eidem, Auditor General, Riksrevisjonen, Norwegen
Genaro Matute Mejía, Contralor General, Contraloría General, Peru
Alfredo José de Sousa, Presidente de Tribunal de Contas, Portugal
Pohiva Tu'ionetoa, Auditor General, Audit Department, Tonga
Mohamed Raouf Najar, Premier Président, Cour des Comptes, Tunesien
Guillermo Ramírez, Presidente, Tribunal de Cuentas, Uruguay
Sir John Bourn KCB, Comptroller and Auditor General, National Audit Office, Vereinigtes Königreich
David M. Walker, Comptroller General, GAO, Vereinigte Staaten

Komitee für die Staatsschulden nimmt an Wissens- und Erfahrungsaustausch teil

von Arturo Gonzalez de Aragon, Leiter der ORKB von Mexiko und Vorsitzender des INTOSAI Komitees für die Staatsschulden



Arturo Gonzalez de Aragon

Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit erhalten habe, den Leitartikel für diese Ausgabe der *Zeitschrift* zu schreiben und einige Aspekte der Tätigkeit des INTOSAI Komitees für die Staatsschulden (PDC), das zu leiten ich die Ehre habe, zu erörtern. Das PDC, das seine Tätigkeit vor 10 Jahren aufgenommen hat, hat nun einen neuen Kurs eingeschlagen, der auch Partnerschaften mit anderen Organisationen und einen regionalen Schulungsplan umfasst. Ich hoffe, dass unsere Erfahrungen für die Leser der *Zeitschrift* von Interesse und von Nutzen sein werden.

Seit seiner Gründung im Jahr 1991 hat das PDC eine Vielzahl von Richtlinien erarbeitet und veröffentlicht, um eine angemessene Berichterstattung und eine effiziente Verwaltung der Staatsschulden zu fördern. Auf seiner Tagung in Stockholm im Juni 2002 zog das PDC Bilanz über seine Leistungen und beschloss seinen Tätigkeitsbereich zu erweitern und regionale Expertennetzwerke aufzubauen, um den INTOSAI-Mitgliedern bei der Stärkung ihrer Kapazitäten für die Durchführung von Prüfungen der Staatsschuld zu helfen.

Das Kernstück des in Schweden angenommenen Plans konzentriert sich auf die Bereiche Schulung, Forschung und internationale Zusammenarbeit. Die Mitglieder des Komitees legten die folgenden Zielsetzungen fest: (1) die Erstellung von ausgewählten fachspezifischen Leitfäden zur Durchführung von Prüfungen der Staatsschuld, (2) die Förderung der Verbreitung von Fachdokumenten unter den INTOSAI-Mitgliedern und (3) die Verbesserung der fachlichen und beruflichen Kenntnisse von ORKB durch die Veranstaltung regionaler Schulungsprogramme zu Aspekten der Staatsverschuldung, die gemeinsam mit anderen Mitgliedern der INTOSAI, der

INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) und internationalen Organisationen mit einschlägigen Fachkenntnissen organisiert werden.

Diese Aktivitäten verfolgen zwei zentrale, bewährte Ziele der INTOSAI, nämlich die fachlichen Kapazitäten von ORKB durch Schulungen zu verstärken und ORKB zu ermuntern, ihre Zusammenarbeit auszuweiten und ihre Kenntnisse untereinander und mit anderen Aufsichtsorganisationen auf der ganzen Welt auszutauschen. In innerbetrieblicher Hinsicht stützt sich das PDC auf verschiedene Elemente des Entwurfs für den strategischen Planungsrahmen der INTOSAI und plant, die Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen effektiver zu gestalten, den Einsatz von Technologie für die Verbreitung von einschlägigem Fachwissen auszubauen und mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, die dieselben Interessen vertreten wie die INTOSAI. Die vom PDC in Stockholm gefassten Beschlüsse berücksichtigen außerdem den vom Komitee erstellten Arbeitsplan für die Verbesserung der Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen im Bereich der Staatsschulden, der auf dem INTOSAI Kongress in Korea im letzten Jahr angenommen wurde.

Das PDC hat diese Zielsetzungen bereits vorweggenommen und Vertreter der IDI und der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) zur Tagung nach Stockholm eingeladen, um Themen von gemeinsamem Interesse und Bereiche für eine potentielle Zusammenarbeit zu erörtern. Damit wird an den Erfolg der bestehenden Partnerschaft mit der Weltbank angeknüpft, die im Jahr 2000 in einem gemeinsam finanzierten und bei der Weltbank veranstalteten Seminar gipfelte, an dem Schuldenverwalter und Prüfer von Staatsschulden teilnahmen und über gemeinsame Probleme und Herausforderungen diskutierten. Den Schwerpunkt des in Schweden verabschiedeten PDC-Programms für 2002-2004 bilden die Veranstaltung von regionalen Schulungen, die Durchführung von spezifischen Untersuchungen, um die Lücken bei den Leitlinien im Bereich der Staatsschulden zu schließen, und der Aufbau von Partnerschaften mit der IDI und anderen Organisationen, die über eine regionale Schulungsinfrastruktur verfügen.

Zur Umsetzung dieses ehrgeizigen Programms plant das PDC, in den sieben Regionalorganisationen der INTOSAI ein Netzwerk von Rechnungsprüfern, Experten und Schulungsfachleuten, die mit dem Gebiet der Staatsverschuldung befasst sind, zu errichten. Dieses Netzwerk soll durch die Festlegung konkreter Schulungsbedürfnisse sowie entsprechender Fachleute zur Vereinfachung des Wissensaustauschs in den einzelnen Regionen beitragen. Die folgenden Komiteemitglieder

erklärten sich bereit, in den kommenden Monaten den Schulungsbedarf in ihren jeweiligen Regionalorganisationen zu erheben: Sambia (AFROSAI), Jordanien (ARABOSAI), Korea (ASOSAI), Großbritannien (EUROSAI), Mexiko (OLACEFS) und Fidschi (SPASAI). Außerdem plant Mexiko die versuchsweise Veranstaltung eines Schulungsseminars für Mitglieder der OLACEFS, und es werden bereits Gespräche mit der Weltbank hinsichtlich der finanziellen Unterstützung des Seminars geführt.

Um die Schulungsbedürfnisse der ORKB besser beurteilen, Kursunterlagen zu verschiedenen Aspekten der Staatsschulden erstellen und entsprechende Experten in den einzelnen Regionalorganisationen bestimmen zu können, arbeitet das PDC eng mit dem Generalsekretariat der IDI in Norwegen zusammen, das, wie die Leser der *Zeitschrift* wissen, einen strategischen Plan zur Durchführung von Schulungen für ORKB aller Regionalorganisationen umgesetzt hat.

Das PDC steht in Kontakt mit multilateralen Organisationen, die Schulungen für Schuldenverwalter in Ländern mit geringem oder mittlerem Einkommen veranstalten. An das Partnerschaftsmodell für das gemeinsame Seminar mit der Weltbank im Jahr 2001 anknüpfend, plant das PDC eine Zusammenarbeit mit dem Commonwealth Secretariat in London und der UNCTAD in Genf, um Gruppenseminare anzubieten, zu deren Teilnehmern auch Rechnungsprüfer von ORKB und staatliche Schuldenverwalter zählen.

In den letzten 10 Jahren hat das PDC 19 Tagungen abgehalten und einige Leitfäden über die Durchführung von Prüfungen der Staatsschuld sowie Hintergrundstudien über fiskalische Verpflichtungen und Finanzindikatoren erstellt. Diese Dokumente sollen Rechnungsprüfern dabei helfen, die Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand zu definieren, interne Kontrollen bei der Schuldenverwaltung zu untersuchen und Richtlinien für die Berichterstattung über die Staatsschuld zu empfehlen. An diesem Punkt in der Geschichte des Komitees ist es vielleicht ganz nützlich, die wichtigsten Dokumente des PDC, die bereits in den fünf Sprachen der INTOSAI veröffentlicht wurden, zusammenzufassen.

1. *Guidance on Definition and Disclosure of Public Debt (Richtlinien zur Definition und Offenlegung der Staatsschuld).* Dieses Dokument bietet detaillierte Richtlinien zu zwei Themenbereichen: die Definition der Staatsschuld und die Offenlegung der Staatsschuld. Damit soll ein besseres Verständnis dieses komplexen Aspekts der öffentlichen Finanzwirtschaft vermittelt werden.

2. *Richtlinien zur Planung und Durchführung von Prüfungen der internen Revision der Staatsschuld.* In diesen Richtlinien werden zwei Studien zusammengeführt — eine über die Wirtschaftlichkeitsprüfung der Staatsschuldenverwaltung und die andere über die interne Revision der Staatsschuld. Das Dokument enthält eine Reihe von Prüfungs-, Wirtschafts-, Haushaltsführungs- und Finanzkonzepten und Indikatoren, die zur Beurteilung der Schuldentransaktionen herangezogen werden.

3. *Leitfaden zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld.* Dieser Leitfaden behandelt die folgenden Aspekte der

Staatsschuld: die Rolle der ORKB bei der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld, allgemeine Leitlinien bezüglich der Definition der Staatsschuld, die Feststellung und Messung der Staatsschuld sowie allgemeine Leitlinien für ihre Offenlegung. Das Dokument nennt eine Reihe von Faktoren, die ORKB bei der Beurteilung der Art und des Umfangs ihrer Prüfungen und Berichterstattung über die Staatsschuld in Erwägung ziehen sollten.

Außerdem hat das PDC auch zwei Dokumente über fiskalische Verpflichtungen und Indikatoren für Finanzrisiken erstellt, die es den ORKB erleichtern sollen, Finanzprogramme zu ermitteln, die zu einer unerwarteten Erhöhung der Staatsschuld geführt haben. Diese Produkte des PDC tragen die Titel *Public Debt Management and Fiscal Vulnerability: The role for SAIs* (Die Verwaltung der Staatsschulden und die Anfälligkeit für Finanzkrisen: Die Rolle von ORKB) und *Fiscal Claims: Implications for Debt Management and the role for SAIs* (Fiskalische Forderungen: Auswirkungen auf die Verwaltung der Staatsschulden und die Rolle der ORKB) und sind auf der Website des PDC (<http://www.intosaipdc.org.mx>) sowie auf der Website der INTOSAI (<http://www.intosai.org>) verfügbar.

Das PDC wird seine Forschungstätigkeit fortsetzen und weitere Leitlinien erstellen, die die Wissenslücken der Prüfer von Staatsschulden auffüllen und auch für Schulungszwecke verwendet werden können. Konkret werden die ORKB von Kanada, Großbritannien und den Vereinigten Staaten gemeinsam einen neuen Leitfaden ausarbeiten, der den ORKB bei der Durchführung von wichtigen Tests bei der Prüfung der Staatsverschuldung helfen soll. Um sicherzustellen, dass die Forschungsergebnisse möglichst vielen Interessenten innerhalb der sieben Regionalorganisationen der INTOSAI zur Verfügung stehen, wird das Komitee den Einsatz der folgenden Instrumente im Rahmen eines langfristigen Plans zur Kapazitätsbildung erwägen: (1) Einrichtung einer Datenbank mit den besten Vorgehensweisen bei der Schuldenverwaltung und den besten Prüfungspraktiken, (2) Entwicklung von Regionalprogrammen zum Austausch von Fachwissen, (3) Ausbau der Website des Komitees und Einrichtung eines Live-Chat Rooms, in dem ORKB Fragen zur Staatsschuld und Prüfung der Staatsschuld mit anderen ORKB, Beratern, etc. diskutieren können und (4) Entwicklung eines fortlaufenden Schulungsprogramms im Bereich Schuldenverwaltung und Prüfung der Staatsschuld, um die Prüfungskapazitäten in Ländern, in denen die mit der Schuldenpolitik und der Prüfung der Staatsschulden befassten Dienststellen eine hohe Personalfluktuation aufweisen, dauerhaft sicherzustellen und alle ORKB im Bereich der Staatsschuld auf den neuesten Stand der Entwicklung zu bringen.

Ich möchte den Mitgliedern des PDC — Ägypten, Argentinien, Chile, Fidschi, Finnland, Gabun, Großbritannien, Jemen, Jordanien, Kanada, Korea, Litauen, Mexiko, Portugal, Russland, Sambia, Schweden und den USA — für ihre harte Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz für die Ziele des Komitees danken. Ich habe den Vorsitz des Komitees nach meiner Wahl zum Leiter der ORKB von Mexiko durch den

(Fortsetzung auf S 6)

Bolivien

ORKB erhält internationales Qualitätszertifikat

Die ORKB der Republik Bolivien erhielt in Anerkennung der Qualität, der kontinuierlichen Verbesserung und des hohen Standards ihrer Tätigkeit das internationale Qualitätszertifikat nach ISO 9002. Die ORKB Boliviens ist die erste Rechnungskontrollbehörde in Latein Amerika und eine von wenigen weltweit, die dieses Zertifikat erhalten haben.

Für eine solche Zertifizierung muss eine Organisation ein auf einer internationalen Norm beruhendes Qualitätssystem definieren, entwickeln, umsetzen, dokumentieren und befolgen. In Folge prüft eine qualifizierte unabhängige Behörde, ob das Qualitätssystem den in der entsprechenden internationalen Norm festgelegten Anforderungen entspricht.

Um diese Zertifizierung zu erhalten, wurde von der ORKB von Bolivien eine entsprechende Qualitätssicherungspolitik eingeführt und innerhalb ihrer organisatorischen Prozesse, Verfahren und Ressourcen die wesentlichen Strukturen zur Aufrechterhaltung eines Qualitätsmanagements eingerichtet.

Die Zertifizierung umfasst alle Verfahren in Bezug auf Prüfungen und Evaluierungen und gilt sowohl für die Zentrale als auch für die neun Regionalabteilungen. Das System soll die Erfüllung der Anforderungen in Bezug auf Aspekte wie interne Planungsmechanismen, angemessene Kosten der für die einzelnen Produkte aufgewendeten Mannstunden sowie Einhaltung der geltenden Prüfungsnormen garantieren.

Diese internationale Bestätigung der Prozesse und Verfahren der ORKB ist insbesondere vor dem Hintergrund des Reform- und Modernisierungsprozesses, der derzeit in der bolivianischen Verwaltung durchgeführt wird, von großer Bedeutung.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Contraloría General de la República, Casilla Postal 432, La Paz, Bolivien; Fax: ++591 (2) 811 35 21; E-Mail: cgr@ceibo.entelnet.bo.

Indonesien

ORKB verweigert Bestätigungsvermerk für den staatlichen Haushaltsbericht

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die ORKB von Indonesien den Bestätigungsvermerk für den staatlichen Haushaltsbericht verweigert, in diesem Fall für den Staatshaushalt 1999-2000. Aufgrund dessen hat das Parlament nun die Möglichkeit, den Bericht zurückzuweisen, was einer ganz anderen Haltung entspräche, als jener, die es bisher üblicherweise eingenommen hat.

Die ORKB informierte die Verwaltung, dass der Rechnungsabschluss für 1999-2000 viele Schwachpunkte enthält, auf die bereits seit Jahren hingewiesen wurde und die nicht korrigiert worden waren. Einige dieser Mängel sind nachstehend aufgeführt.

Erstens, wird das Bilanzierungssystem der Verwaltung nicht von allen Ministerien und Verwaltungsdienststellen verwendet. In Folge verfasste das Finanzministerium den staatlichen Haushaltsbericht auf Grundlage unvollständiger Finanzdaten, die von den jeweiligen Finanzabteilungen der einzelnen Ministerien erstellt wurden. Diese Methode zur Verfassung des Haushaltsberichts beruht auf einer Vereinbarung zwischen dem Finanzministerium, dem Parlament und der ORKB aus dem Jahr 1979. Allerdings hat es der Finanzminister bisher verabsäumt, die Vorschriften und Verfahren für die Erstellung der Jahresabschlüsse zu dokumentieren.

Zweitens, stimmen die Abteilungen für Finanzverwaltung und Kassenführung ihre Aktivitäten nicht untereinander ab. In Folge werden Daten manchmal zweimal verbucht.

Drittens, weist das interne Kontrollsystem für die Haushaltsumsetzung weiterhin zahlreiche Schwachstellen auf, darunter

- die unangebrachte Teilung von Aufgaben hinsichtlich Autorisierung und Verordnung in der Sektion für Haushaltsfragen;
- die unzureichende Beseitigung von Mängeln bei der Ausstellung von Zahlungsbriefen;
- unbestätigte Zahlungen bei einigen Verwaltungsausgaben wie zum Beispiel Steuerrückzahlungen, Zölle, Abgaben und die Verteilung der Grundsteuer; und
- die Verwendung von Haushaltskennziffern, die nicht mit den im Haushaltsgesetz festgelegten Kennziffern übereinstimmen.

Viertens, wurde die Befolgung bestehender Vorschriften und Handbücher in Bezug auf Haushaltsfunktionen nicht besonders streng gehandhabt. So hat das Zentralbüro der Sektion für Haushaltsfragen weiterhin Direktzahlungen an Dritte geleistet, ohne Steuern abzuziehen.

Aufgrund dieser Beobachtungen verlangte die ORKB von der Verwaltung, frühere Empfehlungen und Prüfungserkenntnisse zu berücksichtigen, um die Qualität der Daten im staatlichen Haushaltsbericht in Zukunft zu verbessern.

Die zum Zeitpunkt der Verweigerung des Bestätigungsvermerks durch die ORKB im Amt befindliche Verwaltung hat nur die Hälfte des Staatshaushalts für April 1999 – März 2000, der vom Parlament unter der vorherigen Verwaltung bewilligt wurde, umgesetzt. Daher appellierte der Finanzminister eindringlich an das Parlament, den staatlichen Haushaltsbericht nicht zurückzuweisen. Er meinte auch, dass das

schwache Bilanzierungssystem und die geringe Transparenz bei der Umsetzung des Haushalts für 1999-2000 auf das von der vorherigen Verwaltung übernommene System zurückzuführen sei. Der Leiter der Sektion für Haushaltsfragen informierte das Parlament, dass die Verwaltung mit Beginn des Jahres 2002 ein allgemeiner anerkanntes Bilanzierungssystem einführen würde.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Badan Pemeriksa Keuangan, Jl, Jend Gatot Subroto 31, Jakarta 10210, Indonesien; Fax: ++62 (21) 572-0944; E-Mail: ketua@bpk.go.id; Website: <http://www.bpk.go.id>.

Island

Der Jahresbericht 2001 der ORKB von Island setzt Schwerpunkt auf Prüfungen der Rechnungsführung und Wirtschaftlichkeitsprüfungen

Der Jahresbericht der isländischen ORKB (INAO) für 2001 beleuchtete die Aktivitäten ihrer Abteilungen für Prüfungen der Rechnungsführung und Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Die Prüfung der Rechnungsführung von Behörden und staatlichen Unternehmen stellt die größte Einzelaufgabe des INAO dar. Der im November 2001 erstellte Bericht der Abteilung für Prüfungen der Rechnungsführung über die Rechnungsführung der Zentralverwaltung im Jahr 2000 strich die folgenden Punkte heraus:

- der Anstieg bei den Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand um fast ISK 30 Mrd. im Jahr 2000;
- die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen, auf die beinahe ISK 26 Mrd. der oben genannten Gesamtsumme entfielen;
- die Tatsache, dass die Pensionsverpflichtungen in den letzten 3 Jahren um rund ISK 68 Mrd. oder 72 % gestiegen sind;
- die Nichteinhaltung der bewilligten Haushalte durch zahlreiche Behörden; und
- die vielfach über mehrere Jahre

zu beobachtende Anhäufung von ungenutzten Mitteln.

Die Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfungen veröffentlichte 2001 10 Berichte und im Jahr 2000 7 Berichte über Themenbereiche aus dem Gesundheits- und Sozialministerium, dem Finanzministerium und dem Ministerium für kulturelle und kirchliche Angelegenheiten. Im Jahr 2001 wurden von der Abteilung außerdem (1) die Ergebnisse einer Prüfung von Computersystemen in 26 Oberstufenlehrgängen höherer Schulen veröffentlicht und (2) für Mitarbeiter und Führungskräfte im öffentlichen Sektor Richtlinien zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit von Daten in Informationssystemen (zur Veröffentlichung im Jahr 2002) erstellt.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Ríkisendurskodun, Skulagata 57, 150 Reykjavík, Island; Fax: ++354 (5) 62 45 46; E-Mail: postur@rikisend.althingi.is; Website: <http://www.rikisend.althingi.is>.

Japan

Neuer Präsident der Obersten Rechnungskontrollbehörde

Tsutomu Sugiura, das dienstälteste Mitglied der Rechnungsprüfungskommission der japanischen ORKB wurde am 2. August 2002 von Premierminister Junichiro Koizumi zum Leiter der ORKB ernannt. Er folgt damit Akira Kaneko nach, der im Juli aus dem Amt geschieden war.



Tsutomu Sugiura

Sugiura, der im Februar 1997 als Commissioner zur ORKB kam, war stellvertretender Minister der Management Coordination Agency, die für die interne Revision innerhalb der japanischen Verwaltung zuständig ist.

Im Juli 2002 wurde Muneharu Otsuka als neues Mitglied der Rechnungsprüfungskommission ernannt. Otsuka war zuvor Professor am Institut für Rechnungswesen an der Waseda Universität in Tokio und bekleidete auch Ämter in verschiedenen Verwaltungsbeiräten. Er ist der zweite Universitätsangehörige, der zum Commissioner ernannt wurde.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Board of Audit, 3-2-1 Kasumigaseki, Chiyoda-ku, Tokio 100-8941, Japan; Fax: ++81 (3) 3592-1807; E-Mail: liaison@jbaudit.go.jp; Website: <http://www.jbaudit.go.jp/engl>.

Neuseeland

Controller und Auditor-General veröffentlicht Bericht über die Einbindung lokaler Behörden in Initiativen zur Wirtschaftsentwicklung

Eine vom neuseeländischen Controller und Auditor-General im August 2002 durchgeführte Studie bietet Leitern von Kommunalbehörden Vorschläge zur erfolgreichen Steuerung und Handhabung verschiedener Aspekte der Wirtschaftsentwicklung. Der Bericht beinhaltet vor allem Informationen über (1) die Ausarbeitung einer Wirtschaftsentwicklungsstrategie, (2) Risikomanagement und (3) die Messung von Ergebnissen.

Die in der Studie empfohlenen Praktiken basieren auf den Erfahrungen von 11 Kommunalbehörden, die an der Studie teilgenommen haben. Da jede Kommunalbehörde bei der erfolgreichen Umsetzung einer Wirtschaftsentwicklungsinitiative mit ganz spezifischen Umständen konfrontiert ist, unterstreicht der Bericht, dass keine allgemein gültige „Faustregel für den Erfolg“ aufgestellt werden kann. Vielmehr müssen die einzelnen Behörden feststellen, welche Praktiken ihrer Situation am besten gerecht werden.

Der Bericht zeigte, dass Kommunalbehörden ein breites Spektrum von Initiativen umgesetzt haben, um die Beschäftigung und den Wohlstand der Gemeinde zu steigern. Obwohl die Kommunalbehörden versuchen, mögliche Eventualitäten zu berücksichtigen, sind

die Projekte auch mit wirtschaftlichen Risiken verbunden. Zu diesem Zweck wird im Bericht die Wichtigkeit eines Informationsaustauschs unter den Kommunalbehörden über ihre Erfahrungen mit konkreten Wirtschaftsentwicklungsinitiativen betont. Weiters wurde hervorgehoben, dass Erfolg nicht mit großen Risiken einhergehen muss. Die Teilnehmer an der Studie erzielten positive Ergebnisse mit Projekten, die sowohl geringe Kosten als auch geringe Risiken involvierten.

Außerdem wurde im Bericht festgestellt, dass Risiken und Kosten sanken, wenn die Kommunalbehörden einen „Multiplikator“-Ansatz wählten, anstelle direkte Investitionen zu tätigen oder die Dienstleistungen selbst zu erbringen. Allerdings verringert sich durch diesen Ansatz der Einfluss der Kommunalbehörden auf den Kurs der Entwicklungsinitiative, wodurch auch die Messung der Vorteile schwieriger wird. Im Bericht hieß es weiters, dass Behörden, die mit dem direkten Ansatz erfolgreich waren, laufende Risiken vermieden, indem sie das operative Tagesgeschäft an andere auslagerten.

Schließlich wurden im Bericht auch die Schwierigkeiten berücksichtigt, mit denen kleine ländliche Kommunalbehörden bei der Einrichtung und Sicherung eines hauseigenen Expertenstabs, der über das nötige Fachwissen und die entsprechenden Kenntnisse verfügt, konfrontiert sind. Diese Behörden sollten in Erwägung ziehen, riskante Initiativen zu vermeiden oder versuchen, eine Strategie zu wählen, bei der Fachressourcen mit anderen kleineren Behörden geteilt werden.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Controller and Auditor-General, Head Office, Level 7, 48 Mulgrave Street, Wellington 1, Neuseeland; Fax: ++64 (4) 917 15 45; E-Mail: oag@oag.govt.nz; Website: <http://www.oag.govt.nz>.

Swasiland

Neuer Auditor General ernannt

Robert Jabulani Dlamini wurde am 14. Mai 2002 zum Auditor General des Königreichs Swasiland ernannt. Er bringt in sein neues Amt eine Fülle von Erfah-

rungen ein. 1970 begann er seine Laufbahn im öffentlichen Dienst in der Obersten Rechnungskontrollbehörde. Er studierte staatliche Finanzkontrolle und Rechnungswesen am Chartered Institute of Public Finance and Accounting in Großbritannien und ist Vollmitglied des Southern African Institute of Government Auditors. Vom Institute for Public Finance and Auditing erhielt er im Juli 2000 seine Zulassung als Accounting Technician für den öffentlichen Dienst. Er war fünf Jahre lang Mitglied des externen Prüfungsgremiums der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). 1993 wurde er Mitglied der externen Rechnungsprüfer der Afrikanischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (AFROSAI). 2000 fungierte er gemeinsam mit einem Expertenteam als Berater bei der Einführung der Lagerbuchführung und Lagerverwaltung sowie der Überprüfung des Haushalts- und Verwaltungsführungssystems der OAU.

Dlaminis vorrangiges Ziel als Auditor General ist die Autonomie der ORKB. Eine Vorlage für ein Finanzkontrollgesetz, das dieses Thema aufgreifen soll, ist bereits eingebracht worden. Weitere Vorhaben umfassen die Stärkung der ORKB und die vermehrte Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Außerdem wurden die ersten Prüfungen staatlicher Unternehmen durchgeführt; im Juni 2002 begann die Prüfung der Fernsehgesellschaft von Swasiland.

Der Rechnungsprüfungsausschuss beriet im Juni und Juli 2002 über Dlaminis ersten Jahresbericht als Auditor General. Der Bericht behandelte das Mandat des Auditor General, den Anwendungsbereich der Prüfungs- und Bilanzierungsstrategien, Kommentare zum Entwurf des Finanzkontrollgesetzes von 1998 sowie allgemeine Bemerkungen. Der Bericht enthielt auch Prüfungserkenntnisse, auf die der Rechnungsprüfungsausschuss ein besonderes Augenmerk legen sollte, sowie Auszüge aus einem Wirtschaftlichkeitsprüfungsbericht über die Mechanisierungseinheit und den Traktorverleih.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, P.O. Box 98, Mbabane, Swasiland;

Fax: ++404-2839

E-Mail: auditorgeneral@realnet.co.sz.

Türkei

Neuer Präsident des Rechnungshofs

Am 22. Mai 2002 wählte die Große Nationalversammlung der Türkei (das türkische Parlament) Mehmet Damar zum 33. Präsidenten des Rechnungshofs. Sein Vorgänger, Prof. M. Kamil Mutluer, schied am 15. Juni 2001 aus dem Amt.

Der 1949 geborene Damar schloss 1970 sein Studium an der Akademie für Wirtschafts- und Handelswissenschaften von Ankara ab und begann 1974 seine Laufbahn am türkischen Rechnungshof als Prüfungsassistent. Er arbeitete als Prüfer und Prüfungsleiter in verschiedenen Prüfungsgruppen und wurde 1990 schließlich vom Parlament zum Mitglied des Rechnungshofs gewählt. In dieser Position war er von 1990 bis zu seiner Ernennung als Präsident tätig.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: T. C. Sayistay Baskanligi, 06100 Ulus Ankara, Türkei; Fax: ++90 (312) 310 65 45; E-Mail: saybsk3@ttnet.net.tr.

Vereinigte Staaten von Amerika

Veröffentlichung neuer Anforderungen und Richtlinien für die Unabhängigkeit von Rechnungsprüfern

Am 25. Januar 2002 veröffentlichte das U.S. General Accounting Office (GAO) umfassende Änderungen bei den Government Auditing Standards, die die Unabhängigkeit von Rechnungsprüfern betreffen. Vor allem im Hinblick auf Aufgaben außerhalb der Prüfungstätigkeit oder auf Beratungsdienste stellten diese Änderungen einen wesentlichen Eingriff in die frühere Richtlinie dar. Bei der Bekanntgabe der neuen Richtlinie erklärte David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten und Leiter des GAO, dass dabei der Schutz der öffentlichen Interessen und die Sicherung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Unabhängigkeit von Prüfern staatlicher Rechnungsab-

schlüsse, Programme und Aktivitäten sowohl in Bezug auf deren Form als auch auf deren Inhalt, an erster Stelle standen. Der Comptroller General ersuchte außerdem das American Institute of Certified Public Accountants dringend, seine Normen an die Richtlinien für die öffentliche Finanzkontrolle anzupassen.

Die Government Auditing Standards, die gemeinhin als „Gelbes Buch“ bezeichnet werden, wurden 1972 zum ersten Mal veröffentlicht und gelten für Bundesbehörden und Organisationen, die Bundesgelder empfangen. Verschiedene Gesetze schreiben die Einhaltung dieser Richtlinien in Zusammenhang mit der Prüfung von Bundesbehörden und Bundesmitteln vor. Darüber hinaus haben zahlreiche Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen sowie andere Institutionen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene diese Richtlinien freiwillig übernommen.

Aufgrund der bedeutenden Auswirkungen, die die neue Unabhängigkeitsrichtlinie auf Prüfungsorganisationen hat, erklärte das GAO bei deren Veröffentlichung, dass weitere Leitlinien zur Unterstützung ihrer Umsetzung geplant seien. Daher gab der Comptroller General am 2. Juli 2002 die Publikation dieser wichtigen Leitlinien bekannt. Darin werden Fragen über das Datum des Inkrafttretens der Unabhängigkeitsrichtlinie, den Zeitrahmen für ihre Umsetzung, die zugrunde liegenden Konzepte und die Anwendung in bestimmten Situationen außerhalb von Prüfungen beantwortet.

Bei der Veröffentlichung dieser Leitlinien betonte der Comptroller General, dass „die jüngsten Bilanzskandale im Privatsektor die enorme Wichtigkeit von strengen aber gerechten Unabhängigkeitsrichtlinien für Rechnungsprüfer zum Schutz der Öffentlichkeit und zur Gewährleistung der Glaubwürdigkeit des gesamten Berufsstands verstärkt haben“. Er appellierte erneut an andere normengebende Organisationen, „dem Beispiel der staatlichen Rechnungsprüfer zu folgen und grundsatzbasierte Richtlinien zu übernehmen, die keinen Zweifel daran lassen, dass Rechnungsprüfer unabhängig sein und auch als unabhängig angesehen werden müssen“.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: U.S. GAO, 441 G Street, N.W., Washington, D.C. 20548, USA; Fax: ++(202) 512-4021; E-Mail: el@gao.gov; Website: www.gao.gov.

Teilnehmer am International Fellowship Programm richten Website für Wissensaustausch ein

Die 14 Rechnungsprüfer, die am International Auditor Fellowship Program 2002 des GAO teilnahmen, nutzten ihre Abschlusszeremonie am 29. August 2002, um die Einrichtung einer neuen Website bekannt zu geben, die ihr Engagement bei der Förderung des Wissensaustauschs untereinander und mit den Mitarbeitern des GAO unter Beweis stellen soll.

John Moore aus Barbados, der als Vertreter des Jahrgangs 2002 bei der

Abschlusszeremonie sprach, meinte, die Website „Fellows Forum“ zeige, dass sich die Teilnehmer des Fellowship Programms dem Wissensaustausch verpflichtet hätten und auch nach der Rückkehr in ihre jeweiligen ORKB weiterhin den Kontakt zueinander aufrecht erhalten wollten. Die Website (<http://zverebi.gol.ge/gao>), die von Roman Bokeria, einem Absolventen des Programms, und seinen Mitarbeitern bei der ORKB der Republik Georgien gestaltet wurde, enthält Kontaktadressen für jedes Mitglied des Jahrgangs 2002, Links zu den Websites ihrer ORKB und ein Forum, in dem die Mitglieder gemeinsame Anliegen und Themen von gemeinsamem Interesse diskutieren können.

Comptroller General Walker bemerkte, dass die Website den Absolventen des Programms dabei helfen werde, gemeinsame, grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen und forderte die Absolventen auf, die am GAO erworbenen Kenntnisse mit in ihre jeweiligen Obersten Rechnungskontrollbehörden zu nehmen und durch die Weitergabe ihres Wissens an andere eine Art Multiplikatoreffekt zu erzielen. „Der Erfolg des Programms misst sich zum Teil daran, wie erfolgreich die Absolventen sind, wenn sie in ihre jeweiligen ORKB zurückkehren“, so Walker.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: U. S. General Accounting Office, room 7814, 441 G Street NW, Washington, D.C. 20548 USA; Fax: 202-512-4021; E-Mail: el@gao.gov. ■

(Fortsetzung von S 2)

mexikanischen Kongress Anfang dieses Jahres übernommen, und war mir der Tatsache bewusst, dass das PDC ein äußerst aktives Komitee mit einer eindrucksvollen Erfolgsbilanz ist. Für die Dauer meiner Amtszeit garantiere ich weiterhin die volle Unterstützung der ORKB von Mexiko und freue mich

darauf mit allen INTOSAI Mitgliedern und mit unseren internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um einen Beitrag zur Stärkung der Rechenschaftspflicht in unseren Ländern zu leisten. ■

Aufgaben und Herausforderungen im Kampf gegen die Korruption vom Standpunkt eines Auditor Generals

von Fred M. Siame, Auditor General von Sambia

Die Aufgabe des Auditor General in der Republik Sambia besteht darin, Prüfungsdienste für die Verwaltung und andere Institutionen zu erbringen, um die Rechenschaftspflicht, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit bei der Einhebung, Auszahlung und Verwendung von Finanzmitteln und anderen Ressourcen zum Wohle der Gesellschaft zu fördern. Der Auditor General versucht dieser Aufgabe gerecht zu werden, indem er sich für eine ehrliche und wirtschaftliche Haushaltsführung und eine umfassende Rechenschaftspflicht in der gesamten Verwaltung und in anderen Institutionen, die Zuschüsse und Subventionen von der Verwaltung erhalten, einsetzt. Daher vertritt die Oberste Rechnungskontrollbehörde die Interessen der Öffentlichkeit, indem sie dem Parlament Berichte vorlegt und darin Bereiche aufzeigt, die der Überwachung und Stärkung durch die jeweilige Organisationsführung bedürfen.

Diese Gesetze erteilen dem Auditor General zwar keine konkrete Ermächtigung zur direkten Prüfung korruptionsbezogener Themen, allerdings spielen Stichproben- und Kontrollprüfungen eine wesentliche Rolle bei der Aufdeckung von Risikobereichen, in denen die Führungsebene der geprüften Stelle korrigierende Maßnahmen ergreifen muss. Daher liegt die Befugnis korrupte Praktiken zu bekämpfen bei der ausführenden Gewalt einer Organisation. Im Verwaltungsgefüge findet man die ausführende Gewalt auf zwei Ebenen. Die erste ist die Kabinetts-ebene (Minister), auf der die Politik und die Prioritäten festgelegt werden, und die zweite ist der öffentliche Dienst, der von einem parlamentarischen Staatssekretär geleitet wird, der innerorganisatorisch gesehen der Geschäftsführer und Aufsichtsbeamte des Ministeriums ist. Der öffentliche Dienst unterstützt die Minister bei der Umsetzung der Politik und bei der Erreichung der gesetzten Ziele. Zur Ausübung seiner Pflichten verwendet der öffentliche Dienst vom Parlament bereitgestellte Ressourcen, über die er Rechenschaft ablegen muss. Darum besteht die Tätigkeit des Auditor General darin, zu prüfen, ob die Umsetzung der Programme in Einklang mit der Politik, den Prioritäten und den Absichten des Parlaments erfolgt.

Ursachen der Korruption

Korruption tritt in fast allen Ländern der Welt auf. Medienberichte über die Aufdeckung korrupter Praktiken sind ein Beweis, dass dieses Übel sich nicht nur auf Entwicklungsländer beschränkt. Allerdings sind die Auswirkungen der

Korruption auf die Öffentlichkeit in den Entwicklungsländern schwerwiegender als in den Industriestaaten.

Korruption ist das Ergebnis mangelnder Rechenschaftspflicht und Transparenz öffentlicher Integritätssysteme. Als Folge entsteht allgemein der Eindruck, dass der öffentliche Dienst seine Ziele aus dem Auge verloren hat, dass zahlreiche Elemente innerhalb des öffentlichen Sektors korrupt sind und dass viele der Privatunternehmen, die Geschäftsbeziehungen zum öffentlichen Sektor unterhalten, ebenfalls korrupt sind. Das Bild, das die Öffentlichkeit von den Beamten hat, und das die Beamten anscheinend von sich selbst haben, ist nicht das eines öffentlichen Dienstleisters sondern das einer Institution, die der Öffentlichkeit, der zu dienen sie behauptet, keinerlei Rechenschaft schuldig ist.

Das Umfeld, in dem die Verwaltung ihre Tätigkeit ausübt, trägt mit zum Ansteigen der Korruption bei. Ein Geschäftsumfeld, das durch schlechte Rechnungs- und Haushaltsführungssysteme gekennzeichnet ist, macht Beamte für korrupte Praktiken empfänglich. In Sambia existieren gute Aufsichtssysteme, aber einige der leitenden Beamten setzen sich über solche Systeme hinweg und entziehen die jeweiligen Institutionen der Rechenschaftspflicht.

Die Lage der Wirtschaft ist ein weiterer Faktor, der zur Steigerung der Korruption beiträgt. Die Zunahme der Korruption wird hauptsächlich auf die Armut zurückgeführt, da die Menschen irgendwie überleben müssen und alles Nötige tun werden, um dafür zu sorgen, dass sie etwas zu essen haben. Das soll jedoch nicht heißen, dass Menschen, die arm sind, auch korrupt sind.

Eine weitere Ursache der Korruption ist Gier. Das zeigt sich in Fällen, in denen einzelne Personen „über ihre Verhältnissen leben wollen“. In solchen Fällen möchten die Beamten ihren aufwendigen Lebensstil auf Kosten der Öffentlichkeit aufrechterhalten.

Arten der Korruption

Wir müssen außerdem zwischen Korruption in der Verwaltung, die das Hauptthema dieses Artikels ist, und politischer Korruption unterscheiden. Die Korruption in der Verwaltung kann in zwei Hauptkategorien eingeteilt werden. Die erste betrifft Dienste oder Aufträge, die „gemäß den Vorschriften“ abgewickelt werden und die zweite Dienste und

Aufträge, die „entgegen den Vorschriften“ abgewickelt werden. In der ersten Kategorie profitiert der Beamte auf illegale Weise von einer Tätigkeit, deren Ausübung zu seinen normalen gesetzlichen Verpflichtungen zählt. Zum Beispiel könnten Beamte unnötige künstliche Engpässe herbeiführen oder Verfahren erschweren, so dass nur jene die gewünschten Waren oder Dienstleistungen erhalten, die auch bereit sind, dafür zu zahlen. Zu den Bereichen, in denen diese Art von Praktiken häufig anzutreffen ist, zählt das Ausstellen von Genehmigungen und Registrierungsbescheinigungen sowie die Aufnahme von Schülern und Studenten in Schulen bzw. Universitäten. In der zweiten Kategorie wird Bestechungsgeld bezahlt, um Dienste in Anspruch zu nehmen, zu deren Leistung der Beamte nicht berechtigt ist. Diese beiden Kategorien der Korruption können jede der folgenden Formen annehmen.

1) Interessenkonflikt. Diese Form der Korruption tritt auf, wenn ein Beamter zufällig von einer Amtshandlung profitiert. Ein Beispiel dafür wäre die Vergabe eines Auftrags an ein Unternehmen, an dem der Beamte finanziell beteiligt ist. Vom Standpunkt der Finanzkontrolle können verschiedene Arten von Interessenkonflikten entstehen, wie im Anschluss ausgeführt wird.

2) Bestechung. Bestechung liegt vor, wenn ein Beamter Geld oder andere Gegenleistungen für die Durchführung oder Nicht-Durchführung einer bestimmten Handlung annimmt. Diese Art von Korruption wird selten im Rahmen von Prüfungen aufgedeckt, da es dafür keine Aufzeichnungen oder Beweismaterialien gibt, insbesondere in Fällen, in denen die Bestechungssumme bar bezahlt wird.

3) Illegale Geldgeschenke. Solche Geschenke weisen Ähnlichkeiten mit Bestechungsgeldern auf, mit der Ausnahme, dass hier nicht unbedingt die Absicht, eine bestimmte Geschäftsentscheidung zu beeinflussen, zugrunde liegt. Auch in diesen Fällen ist eine Aufdeckung auf Grund fehlender Beweise schwierig.

4) Wirtschaftliche Erpressung. Dieser Sachverhalt liegt vor, wenn ein Beamter für eine bestimmte geschäftliche Entscheidung Geld oder eine andere Gegenleistung fordert. Fälle von wirtschaftlicher Erpressung können nur dann aufgedeckt werden, wenn aus Beschwerden von Warenlieferanten und Erbringern von Dienstleistungen entsprechende Informationen gewonnen werden können, und wenn solche Fälle von Personen, die direkte Kenntnisse von den illegalen Zahlungen haben und manchmal auch Beweise zur Untermauerung ihrer Vorwürfe erbringen können, zur Anzeige gebracht werden.

Beiträge zum Kampf gegen die Korruption

Auf welche Weise hat nun der Auditor General zum Kampf gegen die Korruption beigetragen? Aus der Darstellung der Ursachen, Arten und Erscheinungsformen der Korruption geht klar hervor, dass der Auditor General mit seiner Tätigkeit im Bereich der Interessenkonflikte und der Betonung der damit verbundenen Risiken die größten Erfolge erzielen konnte. Die Berichte des Auditor General haben eklatante Unregelmäßigkeiten aufgezeigt. So vergaben beispielsweise Beamte

Aufträge an Unternehmen, an denen sie gesicherte Rechte haben. Weitere Beispiele:

- Die Berichte des Auditor General haben Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen zur Beschaffung von Waren und Dienstleistungen, wie zum Beispiel Schulbänke, Decken und Medikamente, ohne vorherige Genehmigung durch den Ausschreibungsausschuss aufgezeigt. In bestimmten Fällen wird die Genehmigung des Ausschreibungsausschusses erst eingeholt, nachdem die Aufträge bereits vergeben wurden. Es gibt auch Fälle, in denen ein Unternehmen Aufträge für die Herstellung, den Vertrieb und die Wartung bzw. die Durchführung von verschiedenen Kategorien von Waren und Dienstleistungen, angefangen von Schulbänken bis hin zur Straßensanierung, erhält.
- Andere Bereiche, in denen die Tätigkeit des Auditor General Wirkung gezeigt hat, betreffen die Aufdeckung von Überzahlungen bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Diese Unregelmäßigkeiten wurden in vielen Verwaltungssektoren beobachtet. Häufig handelt es sich dabei um die Beschaffung von Geräten, Büromaterial und Dienstleistungen.
- Ein weiterer Bereich, der immer mehr zum Problemfall wird, sind Geschäfte mit Dritten. Zu dieser Art von Geschäften zählen Kommunalschulden von Ministerien, deren Rückzahlung die betreffenden Lieferanten von anderen Ministerien, in den meisten Fällen dem Finanzministerium, eingefordert haben. Diese Vorgehensweise führt zu einer unzureichenden Dokumentierung der Ausgaben, und in manchen Fällen wurden Zahlungen geleistet, die höher als die geschuldete Summe waren. Außerdem wollten in einigen Fällen Lieferanten in Form von Schatzwechselln bezahlt werden, obwohl in der ursprünglichen Vereinbarung Barzahlung vorgesehen war.
- Einige Unregelmäßigkeiten wurden im Zusammenhang mit der Liquidation von öffentlichen Unternehmen angeführt, wo die Mitglieder des Kontrollausschusses unvorschriftsmäßig ernannt worden waren und damit die Aufsichtspflicht des Ausschusses unwirksam wurde.
- Die Berichte des Auditor General haben auch Fälle aufgezeigt, in denen Vorauszahlungen geleistet, die Waren und Dienstleistungen jedoch nicht geliefert wurden. Dies ist ein weiterer Risikobereich, da die Institutionen die erforderlichen Instrumente und Dienstleistungen zur Ausübung ihrer Tätigkeit nicht erhalten.

Die oben angeführten Fälle zeigen Schwachstellen im Kontrollumfeld auf, die zu Interessenkonflikten und anderen

Praktiken führen, die der Erbringung von Dienstleistungen für die Öffentlichkeit entgegenstehen. Korrupte Beamte könnten solche Schwachstellen im System leicht ausnutzen, um ihre ungesetzlichen Handlungen weiter fortzusetzen. Daher muss die jeweilige Organisationsleitung wachsam sein und sicherstellen, dass das Kontrollumfeld laufend überprüft und verbessert wird.

Die Feststellungen des Auditor General werden an die Führungsebene der geprüften Stellen und an das Parlament als Vertreter der Steuerzahler übermittelt. Das Parlament schreibt die erforderlichen Abhilfemaßnahmen vor, aber leider werden die Empfehlungen in manchen Fällen nicht umgesetzt. Einer der Gründe, warum keine korrigierenden Maßnahmen gesetzt werden, liegt darin, dass die gesetzwidrig handelnden Beamten aus den bestehenden Unregelmäßigkeiten Vorteile ziehen. Es liegt nun am Parlament, Mechanismen zu konzipieren, die die Interessen der Öffentlichkeit schützen sollen. Zu solchen Maßnahmen könnten Haushaltskürzungen im Falle einer Zuwiderhandlung zählen.

Herausforderungen im Kampf gegen die Korruption

Die Finanzkontrolle verleiht den Buchführungssystemen der Verwaltung Glaubwürdigkeit, indem die von den Organisationsführungen vorgelegten Daten bestätigt werden. Die ORKB hat erkannt, dass die traditionellen Methoden und Ansätze im Prüfungswesen die Anforderungen der Gesellschaft hinsichtlich glaubwürdiger Informationen nicht mehr wirkungsvoll erfüllen können. Die Auswirkungen einiger der im öffentlichen Sektor ermittelten Schwachstellen können nur durch den Einsatz neuer Prüfungstechniken, wie Wirtschaftlichkeitsprüfung, forensische Rechnungsprüfung und IT-Prüfung angemessen analysiert werden. Allerdings verfügen die Mitarbeiter der ORKB möglicherweise nicht über die erforderlichen Kenntnisse in einigen der neuen Prüfungstechniken. Aus diesem Grund hat die Behörde Schulungsprogramme initiiert, die zum Aufbau von Kapazitäten und Kompetenzen in diesen neuen Bereichen beitragen sollen.

Die ORKB weiß auch um die Wichtigkeit einer Ausweitung ihres Tätigkeitsbereichs zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen der Verwaltung. Aus diesem Grund hat die Behörde eine Dezentralisierung auf Provinz- und Bezirksebene vorgeschlagen, da eine Reihe von Verwaltungsprogrammen auf diesen Ebenen umgesetzt wird.

Darüber hinaus ist es notwendig, die ORKB zu stärken, damit sie ihre Tätigkeit wirksamer ausüben kann. Das Thema der Unabhängigkeit ist ein grundlegendes Kriterium, wenn es darum geht eine wirksame ORKB-Tätigkeit zu gewährleisten. Aspekte der Unabhängigkeit, die die Arbeit der ORKB beeinflussen, betreffen die Finanzen, die Einstellung von Personal und die Festlegung der Arbeitsbedingungen. Angesichts dessen hat die ORKB den Vorschlag eingebracht, dass das Parlament der Behörde jene Mittel bewilligt, die dem geplanten Arbeitsumfang entsprechen, ohne dass die Exekutive durch das Finanzministerium den Haushalt kürzt und die Freigabe

der Mittel verzögert. Die ORKB hat weiters ein Gesetz vorgeschlagen, mit dem die ORKB den Status einer autonomen Institution mit Befugnissen zur Einstellung von Personal und Festlegung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen erhält, damit kompetente Mitarbeiter von der ORKB gehalten werden können.

Der Weg vorwärts

Aus Presseberichten und anderen Publikationen geht klar hervor, dass das Problem der Korruption zunehmend größer wird, nicht nur in Sambia, sondern auf der ganzen Welt. Um dieses Übel auszumerzen, bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, die zur Förderung von Rechenschaftspflicht, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit eingerichtet wurden, und der Zivilgesellschaft bei ihren Lobbyingaktivitäten. Es muss gemeinsame Schulungsseminare geben, auf denen Informationen ausgetauscht und korrigierende Maßnahmen vorgeschlagen werden können.

Die Sensibilisierungskampagnen, die auch die Veröffentlichung von Literatur zum Thema Korruption in den lokalen Sprachen mit einschließen, sollten fortgesetzt werden, damit die Öffentlichkeit nicht nur in Bezug auf dieses Thema sensibilisiert wird, sondern ihr ständig vor Augen geführt wird, dass Korruption ein Problem darstellt.

Die Öffentlichkeit muss auch über die Auswirkungen dieses Problems informiert werden, indem man ihr anhand von konkreten Beispielen zeigt, welche Folgen Korruption nach sich ziehen kann.

Wenn sich die Menschen in zunehmendem Maße dieser Problematik bewusst werden, müssen sie auch vor unfairer Behandlung geschützt werden, falls sie Informationen über korrupte Praktiken melden. Ohne ein gewisses Maß an Schutz werden die Bürger Repressalien fürchten, sollten sie Korruptionsfälle zur Anzeige bringen. Unter Umständen sind dafür andere Maßnahmen erforderlich, wie zum Beispiel die Einrichtung anonymer Hotlines oder die Ermächtigung anderer Institutionen, beispielsweise private Gesellschaften, Informationen von Informanten einzuholen.

Die Strafen für die Täter sollten laufend überprüft und verschärft werden, damit das Gesetz für andere potentielle Täter als Abschreckmittel dienen kann. Außerdem wird die erfolgreiche Strafverfolgung hochrangiger Beamter, die der Korruption angeklagt sind, sehr viel dazu beitragen, die Meinung der Öffentlichkeit zu revidieren, dass die hohen Beamten oder die „großen Fische“ leicht vom Haken bzw. aus der Verantwortung gelassen werden und nur die „kleinen Fische“ gebraten, d.h. verurteilt, werden.

Die wirksamste Methode, die Korruption zu bekämpfen, besteht jedoch vor allem darin, sie zu verhindern anstelle sie aufzudecken.

Nähere Informationen sind beim Autor erhältlich: Office of the Auditor General, Audit House, P.O. Box 50071, Ridgeway, Lusaka, Sambia, Fax: ++260 (1) 25 03 49, E-Mail: auditorg@zamnet.zm. ■

Prüfung von Hilfsprojekten für Opfer von Naturkatastrophen: Ein Erfahrungsbericht aus Pakistan

von Mohammed Mohsin Khan, Generaldirektor (öffentliche Finanzkontrolle), Oberste Rechnungskontrollbehörde von Pakistan

Pakistan ist ein vielfältiges Land, nicht nur im Hinblick auf seine Einwohner, Kulturen und Traditionen, sondern auch in Bezug auf seine Topographie. Allerdings ist es gerade auf Grund dieser vielfältigen Topographie besonders anfällig für Naturkatastrophen. Die gewaltigen Gebirgszüge des Himalaja, Karakoram und Hindukusch mit dem K2, dem zweithöchsten Berg der Welt, befinden sich im äußersten Norden des Landes. Wenn der Schnee schmilzt, fließt das Wasser über zwei der fünf größten Flüsse des Landes und deren Nebenflüsse in das Arabische Meer. Die Schneeschmelze in den Bergen während der Regenzeit lässt den Indus und seine Nebenflüsse anschwellen und fast alljährlich über ihre Ufer treten. Alle 7 oder 8 Jahre gibt es in Pakistan große Überschwemmungen, die schwere Schäden bei der Ernte, den Häusern und beim Vieh hinterlassen und in manchen Fällen auch Todesopfer fordern. In einigen gefährdeten Gebieten werden auch Straßen und Eisenbahnstrecken beschädigt. Schwere Überschwemmungen gab es 1973, 1974 und 1978. Das Hochwasser von 1973 überschwemmte 3,6 Mio. Hektar Land, forderte 1.600 Todesopfer und zerstörte 3 Mio. Hütten und Häuser. 1995 gab es ebenfalls schwerwiegende Überschwemmungen, die Schäden in allen Provinzen verursachten. An vielen Orten wurden Straßen und Autobahnen durch über die Ufer getretene Flüsse und Bäche und in Folge von heftigen Regenfällen überflutet und beschädigt.

Zwischen den Überschwemmungen treten leichte bis schwere Dürreperioden auf. Außerdem ist kein Teil Pakistans völlig vor Erdbeben sicher, obwohl manche Gebiete gefährdeter sind als andere. Zwei Falten in der Nähe von Quetta und Chaman im Westen Pakistans sind am aktivsten (1978 wurden dort innerhalb von 2 Monaten über 62 Erdbeben registriert). 1935 zerstörte ein schweres Erdbeben in Quetta die gesamte Stadt; 30.000 Menschen starben dabei. Zwei seismische Zonen von hoher Intensität befinden sich in den Gebirgszügen im Norden. Auch in dieser Region sind bereits schwere Erdbeben aufgetreten, und kleinere Beben sind jedes Jahr zu spüren. Desertifizierung und Umweltverschmutzung durch den Menschen, Bodentoxizität und Erosion, Wiedervernässung und Salinität schaffen ein noch größeres Potential für Naturkatastrophen. Fügt man nun Pakistans jährliches Bevölkerungswachstum von 3 %, die rapid fortschreitende Urbanisierung und Kommerzialisierung hinzu, ist das Rezept für eine Katastrophe vollständig.

Prüfung von Hilfsprojekten für Opfer von Naturkatastrophen — Erfahrungen aus Pakistan

Vor diesem Hintergrund muss sich jede Verwaltung über die Notwendigkeit von Katastrophenmanagementprogrammen und ihrer wirtschaftlichen, sparsamen und wirksamen Umsetzung bewusst sein. Von 1990 bis 1992 hat die Bundesverwaltung den Katastrophenhilfsfonds des Premierministers (PMDRF) in allen vier Provinzen Pakistans eingerichtet. Ein Gesamtbetrag von Rs. 245,470 Mio. wurde als Hilfe für die Opfer von Naturkatastrophen bereitgestellt. Danach wurden zusätzliche Mittel aus der Zakat (eine religiöse Abgabe zur Minderung der Armut) freigegeben. 1999 verlangten die betroffenen ausführenden Behörden, dass die ORKB eine Sonderprüfung des PMDRF und weiterer freigegebener Mittel durchführen soll. Bei der Prüfung handelte es sich im Grunde um eine Ordnungsmäßigkeitsprüfung, aber in den Fällen, in denen Projektprüfungen durchgeführt wurden, beinhaltete die Untersuchung auch einige Aspekte der Wirtschaftlichkeitsprüfung. Die Prüfer

- ermittelten die Zielsetzungen des Projekts;
- prüften die Projektplanungs- und Finanzierungsprozesse und nahmen zur Realisierbarkeit des Projekts Stellung;
- zeigten Mängel auf (wie zum Beispiel mangelhafte Planung und zu hoher Kosten- und Zeitaufwand) und setzten diese mit systemischen Schwachstellen in Beziehung;
- gaben Empfehlungen zu laufenden Projekten ab;
- führten Stichprobenprüfungen durch und kategorisierten die Unregelmäßigkeiten/Prüfungsfeststellungen nach den vom Auditor General herausgegebenen Richtlinien für Prüfungsfeststellungen.

Tabelle 1 (siehe nächste Seite) zeigt einen Auszug aus einem Prüfungsbericht.

Die Prüfungsberichte enthielten Details zu den oben genannten Informationen in Bezug auf die verschiedenen Kategorien (z.B.: Art der Unregelmäßigkeit und Vorgehensweise, Ort des Auftretens, betriebliche Verantwortungszentren und

Tabelle 1: Sonderprüfungsbericht über den Katastrophenhilfsfonds des Premierministers — Verwaltung von Baluchistan

Sr. Nr	Kategorie	Zahl der Fälle	Betrag (in Mio. Rs.)
1	Betrug, Missbrauch und Veruntreuung	2	21,789
2	Verletzung von Vorschriften	4	3,289
3	Wiedergewinnbar	2	4,709
4	Vollständige Unterlagen nicht verfügbar	1	90,791
	Gesamt	9	120,578

getroffene Maßnahmen zur Anzeige von strafbaren Handlungen). Grobe Unregelmäßigkeiten wurden bei der Beschaffung und Verteilung von Hilfsgütern, darunter auch Lebensmittel, festgestellt. Die wichtigsten Erkenntnisse im Hinblick auf systemische Aspekte sind im Folgenden dargestellt:

- In den meisten Fällen fehlten korrekte Buchführungsunterlagen und Prüfungsprotokolle.
- In bestimmten Fällen erfolgte die Verteilung, ohne zuvor die wirklichen Opfer der jeweiligen Katastrophe festzustellen.
- In vielen Gebieten war eine interne Kontrolle so gut wie nicht vorhanden, und dort wo Kontrollverfahren bis zu einem gewissen Grad eingesetzt wurden, kam es zu Überlappungen und den Anweisungen wurde nicht Folge geleistet.
- Es wurden keine angemessenen Richtlinien erstellt.
- Mangelnde Ausbildung in Haushalts- und Wirtschaftsführungsverfahren wurde als einer der Hauptgründe für vorschriftswidriges Verhalten ermittelt.
- Die meisten Systemzusammenbrüche erfolgten, weil man von der üblichen Finanzgebarung für die Verwaltungsgeschäfte zu Gunsten von Verfahren zur Beschleunigung der Geschäfte und zur Reduzierung der Bürokratie abgegangen ist.
- Die Zahlungen wurden für andere Zwecke als die Katastrophenhilfe verwendet (z.B.: Ankauf von Klimaanlagen und Wasserkühlern für die Büros von Bezirksbeamten, denen zusätzliche Pflichten im Rahmen der Katastrophenhilfe übertragen wurden). In ihren Erwidierungen versuchten die ausführenden Behörden fälschlicherweise Verknüpfungen herzustellen und ließen dadurch die fehlerhafte Planung erkennen.
- Das System sah keine Einkommenssteuerabzüge seitens der Auftragnehmer vor.

Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Projekten der Katastrophenhilfe/des Katastrophenschutzes waren hauptsächlich auf Grund der fachlichen Natur der Projekte, insbesondere der Katastrophenschutzprojekte, eine schwierige Herausforderung für die Rechnungsprüfer. Für diese Prüfungen sind unter Umständen multidisziplinäre Prüfungsteams erforderlich. Eine solche Prüfung, die im Jahr 2000 von der ORKB durchgeführt wurde, war jene des Hochwasserschutzprojekts in der Provinz Punjab. Das Ziel des Projekts war die Reduzierung von Hochwasserschäden in Städten und ländlichen Gebieten und die Verringerung menschlichen Leids sowie ein verbesserter Schutz für Ackerland und Infrastruktur und der Aufbau von Kommunikationssystemen in Dörfern und Städten. Die Methodik bestand in der Errichtung von Hochwasserschutzbauten wie Sporne und Schutzmauern. Das Projekt sollte innerhalb von 5 Jahren abgeschlossen sein, dauerte aber 9 Jahre. Die Wirtschaftlichkeitsprüfung dieses Projekts konzentrierte sich nicht auf finanzielle Unregelmäßigkeiten wie im vorherigen Beispiel, und enthielt auch keine Aufschlüsselung wie im Baluchistan-Projekt. Stattdessen bezogen sich die wesentlichsten Feststellungen auf die folgenden Aspekte der Führungsleistung:

- Die Gesamtergebnisse des Projekts ließen erkennen, dass die Machbarkeitsstudie nicht korrekt durchgeführt worden war. Dies zeigte sich vor allem darin, dass 8 Projektteile zu Kosten von Rs. 114,29 Mio. zu den ursprünglichen 5 Projektteilen, deren Kosten sich auf Rs. 79,50 Mio. beliefen, hinzugefügt wurden, und damit insgesamt 13 Projektteile zu Kosten in Höhe von Rs. 233,79 Mio. ergaben. Außerdem wurden später 11 weitere Projektteile zu diesen 13 hinzugefügt, sodass das Projekt nun aus 24 Projektteilen anstelle der ursprünglich genehmigten 5 bestand.
- Die Konstruktion der Sporne wurde während der Arbeiten verändert.
- Die Sporne waren nicht erforderlich, weil das Hochwasser die früheren Pegel nie überschritten hat.
- Die zuständige Behörde — der Wirtschaftsausschuss des Nationalen Wirtschaftsrats, die höchste Projektbewilligungsinstanz des Landes – hat die 11 Projektteile, die von den ausführenden Behörden hinzugefügt wurden, nicht genehmigt.
- Obwohl die ausführenden Behörden bei den 13 Projektteilen Rs. 153,087 Mio. einsparen konnten, haben sie den Betrag nicht zurückgegeben, sondern ihn auf die 11 Projektteile aufgeteilt, die die zuständige Behörde nicht genehmigt hatte, ein schwerer Verstoß gegen die Finanzvorschriften.
- Bei drei Spornen wurde mangelhafte Arbeit geleistet. Neu gebaute Sporne mussten saniert werden, obwohl es kein Hochwasser gab und nur wenig Wasser durchfloss.

- Der Wirtschaftlichkeitsprüfung zufolge führten fehlerhafte Rückvergütungsverfahren dazu, dass der Auftragnehmer die Arbeit wiederholt einstellte. Die Begleichung einer einzigen Rechnung dauerte 2 bis 3 Monate.

Der Verwaltung des Punjab wurden geeignete Empfehlungen übermittelt, insbesondere in Bezug auf die dringende Notwendigkeit einer Vereinfachung der Zahlungsverfahren für Projekte zur Katastrophenprävention. (Wäre während der Verzögerungen eine Hochwasserkatastrophe eingetreten, wären mehr Erklärungen erforderlich gewesen).

Angesichts der bei Katastrophenmanagement- und -präventionsprogrammen festgestellten Unregelmäßigkeiten hat die Kabinettsabteilung den Auditor General gebeten, Sonderprüfungen aller vom PMDRF finanzierten Projekte durchzuführen.

Zusätzlich zu den oben genannten Projekten führt die ORKB auch Sonderprüfungen der Umweltregulierungsbehörden durch. Eines dieser Projekte befasst sich vorrangig mit den Auswirkungen von giftigen Abwässern aus den Gerbereien in Kasur sowie mit der Rolle, die die zuständige Regulierungsbehörde bei deren Prävention spielt. Dieses Thema ist äußerst fachbezogen und erfordert besondere Kenntnisse, die im Wege des Outsourcing sichergestellt werden. Eine weitere Prüfung betrifft die Umweltauswirkungen der extensiven Auspflanzung von Eukalyptusbäumen im Malakand-Gebiet der nordwestlichen Grenzprovinz von Pakistan. Hier liegt das Gefahrenpotential im dramatischen Absinken des Wasserstands in diesem Gebiet, was schwerwiegende Folgen für die einzige Bewässerungsquelle des Gebiets, das Untergrundwasser, mit sich bringen könnte.

Vor kurzem hat Pakistan sein US\$ 130 Mio. schweres Hilfsprojekt für Dürrekatastrophen (DERA) gestartet, das von der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank finanziert wird. Das Projekt soll jenen Gebieten helfen, die von der Dürrekatastrophe im Vorjahr betroffen waren. Ein interessantes Detail dieses Projekts ist die Tatsache, dass der Auditor General und der oberste Haushaltsbeauftragte in die Projektplanung mit einbezogen sind. Beide haben wertvolle Informationen bezüglich der Buchführungsverfahren und dem externen Bestätigungsvermerk geliefert. Der Auditor General hat in den ausführenden Behörden interne Kontrollstrukturen eingerichtet. Wie von der Asiatischen Entwicklungsbank vorgeschlagen, sollen auch Berater eingestellt werden. Der Auditor General hat außerdem darauf bestanden, das Zahlungsverfahren über bestehende Kanäle abzuwickeln, womit eine Vorprüfung durch die Funktion des obersten Haushaltsbeauftragten gewährleistet ist. Durch dieses Verfahren ist eine Innenrevision in Echtzeit sichergestellt.

Obwohl es sich bei den Prüfungen des Auditor General in Verbindung mit Projekten der Katastrophenhilfe und Katastrophenprävention in den meisten Fällen um rückwirkende Prüfungen handelt, ist man sich zunehmend der Notwendigkeit von Echtzeit-Prüfungen bewusst. Derzeit wird gerade eine Initiative umgesetzt, die die Fähigkeiten und die Einsatzbereit-

schaft von Katastrophenmanagementbehörden im Umgang mit Erdbeben, nuklearen Auseinandersetzungen und anderen Katastrophen beurteilen soll. In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad, in der keine Wolkenkratzer gebaut werden dürfen, wurde vor kurzem ein mehrstöckiges Gebäude bei einem Brand zerstört, weil die Feuerwehr einige der oberen Stockwerke nicht erreichen konnte. Berichten zufolge war keines der Feuerwehrautos mit einer Leiter ausgerüstet, die lang genug gewesen wäre, um diese Stockwerke zu erreichen. In einem Land, das von so vielen potenziellen natürlichen und vom Menschen verursachten Katastrophen bedroht wird, muss sichergestellt sein, dass die Katastrophenhilfsorganisationen entsprechend ausgerüstet und vorbereitet sind. Der Auditor General hat beschlossen, die Initiative zu ergreifen und den Handlungsbedarf in diesem wichtigen Bereich aufzuzeigen.

Problemereiche und Lektionen

Aus der Sonderprüfung der Katastrophenhilfsprojekte in Pakistan ließen sich bestimmte Problematiken und Lektionen ableiten. Katastrophenmanagement ist gleichbedeutend mit Krisenmanagement. Nicht alle Krisen können vorhergesehen werden, und selbst wenn sie vorhersehbar sind, können sie dennoch von unerwarteten Ereignissen gekennzeichnet sein. Im Idealfall sollte die Verwaltung Prüfungs- und Haushaltsführungsaspekte vorbeugend behandeln und Richtlinien für verschiedene Kategorien von Katastrophenhilfs- oder Katastrophenmanagementprojekten erstellen. Diese Richtlinien sollten genaue Angaben zu Verfahren, wie die Freigabe von Geldern und weitere Bewilligungen sowie die Kontrolle der Zahlungen und andere interne Kontrollen enthalten. Dort, wo solche Richtlinien nicht erstellt wurden, können, wie im Fall Pakistans, während der Entwicklung der Buchführungs- und Kontrollverfahren, der Formate und Systemfunktionen Einzelprüfungen per Gesetz vorgeschrieben werden.

Wichtig im Zusammenhang mit Prüfungen von Katastrophenhilfsprojekten ist auch die Frage, ob das Beweismaterial die Kriterien der Adäquatheit und Relevanz erfüllt. Um das Problem der Einholung einer Empfangsbestätigung zu lösen, sollten verschiedene Möglichkeiten in Betracht gezogen werden. So müssen beispielsweise in manchen Fällen die Leiter der Kreis- oder Bezirksverwaltungen die Verteilung von Hilfsgütern an die vorgesehenen Empfänger bestätigen.

Ein weiterer Problemereich ergibt sich aus dem Fachwissen, das für die Durchführung von Prüfungen, die spezielle Kenntnisse oder Fertigkeiten erfordern, nötig ist. Dieses Problem kann entweder durch den Einsatz von hauseigenen multidisziplinären Teams oder durch Outsourcing gelöst werden. In Pakistan wurde dies für die Evaluierung von Hochwasserschutzprojekten oder Umweltprojekten erforderlich. Werden in einem bestimmten Fall die Dienste eines Experten — zum Beispiel eines Umweltfachmanns oder eines Technikers — in Anspruch genommen, kann es überaus wichtig sein, dass auch Rechnungsprüfer im Evaluierungsteam vertreten sind, um die richtige Kombination von Fachkenntnissen zu gewährleisten.

(Fortsetzung auf S 15)

Länderprofil: Die Kontrollkammer von Georgien

von Roman Bokeria, Abteilungsleiter und Präsidiumsmitglied der Kontrollkammer von Georgien und Sulchan Molashvili, Leiter der Kontrollkammer von Georgien und Vorsitzender des Präsidiums der Kontrollkammer von Georgien

Georgien liegt im westlichen Teil des Kaukasus, und sein Staatsgebiet umfasst eine Fläche von 69,700 km². Im Westen grenzt es an das Schwarze Meer, im Norden und Süden ist es von Bergen umgeben. Georgiens Nachbarstaaten sind Aserbaidschan, die Türkei, Russland und Armenien, mit denen es enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhält.

Geschichtliche Entwicklung

Die Kontrollkammer von Georgien kann nur auf eine sehr kurze Tradition zurückblicken. Im Juni 1918, während der Zeit der Georgischen Demokratischen Republik, wurde das Gesetz über die Kontrollkammer von Georgien verabschiedet. In der Verfassung der Republik von Georgien aus dem Jahr 1921 wurde die Kontrollkammer von Georgien zur Obersten Rechnungskontrollbehörde (ORKB) des Landes ernannt. 1921 wurde Georgien von der sowjetischen Armee annektiert und die Kontrollkammer wurde für die nächsten 70 Jahre Teil der nationalen Kontrollmaschinerie der UdSSR.

Auch während der Sowjetdiktatur hat Georgien nie aufgehört, für seine Unabhängigkeit zu kämpfen, die es erst 1991 verkünden konnte. Der frühere Außenminister der UdSSR, Eduard Schewardnadse, leistete einen bedeutenden Beitrag für die Unabhängigkeit von Georgien. Heute ist er Präsident von Georgien und hat für seine mutigen Taten, die dem Land viel Blutvergießen ersparten, große Anerkennung erhalten. Er ist erfolgreich darum bemüht, Georgien zu einem gleichwertigen Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu machen. Im Juni 1992 wurde die Kontrollkammer von Georgien wieder eingerichtet. Die georgische Verfassung von 1995 bestätigt die Kontrollkammer von Georgien in ihrer Funktion als ORKB des Landes. Das Kontrollkammergesetz wurde im April 1993 verabschiedet und 1996 novelliert.

Im April 1997 verabschiedete das Parlament ein neues Kontrollkammergesetz. Die Kammer ist seit 1992 Mitglied der INTOSAI und gehört seit 1993 auch der EUROSAI an.

Am 30. Mai 2000 wählte das Parlament auf Vorschlag des Präsidenten von Georgien Sulchan Molashvili zum Leiter der Kontrollkammer von Georgien. Im Juli 2000 wählte das Parlament auf Vorschlag von Molashvili die neuen Präsidiumsmitglieder der Kontrollkammer.

Nach der Ernennung der neuen Führungsmitglieder hat die Kontrollkammer mit der finanziellen und fachlichen Unterstützung des US-Justizministeriums, des US-Finanzministe-

riums, der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) und der Europäischen Union ihr Umstrukturierungs- und institutionelles Entwicklungsprogramm begonnen. Im Rahmen der ersten Phase des Programms hat die Kammer die folgenden Maßnahmen umgesetzt:

- Einrichtung einer neuen Organisationsstruktur nach Maßgabe internationaler ORKB-Richtlinien.
- Einrichtung von zwei gut organisierten Regionalabteilungen – Ost und West – anstelle der früheren 12 Referate.
- Einführung einer Testprüfung und eines Wettbewerbsverfahrens, in deren Folge das Qualifikationsniveau des Personals erhöht und die Anzahl der Mitarbeiter von 800 auf 700 reduziert wurde und außerdem 200 hoch qualifizierte Experten eingestellt werden konnten.
- Veröffentlichung ihres vierteljährlichen Informationsmagazins und Gestaltung ihrer Website. Die veröffentlichten Informationen umfassen Jahres- und Halbjahresberichte der Kammer, wichtige Dokumente und Unterlagen, alle primären Prüfungsberichte und andere relevante Unterlagen. Diese Innovationen sorgen für Transparenz hinsichtlich der Aktivitäten der Kammer, die nun sowohl von der georgischen als auch von der internationalen Öffentlichkeit überprüft werden können.
- Beginn des von der amerikanischen Anwaltsvereinigung für die Sonderprüfungseinheit der georgischen ORKB organisierten Schulungsprogramms zur Stärkung der Beziehungen zur Generalstaatsanwaltschaft und anderen Sicherheitsbehörden. In Folge ist die Sonderprüfungseinheit nun für die Untersuchung von Strafsachen im Rahmen von Gesetzmäßigkeits- oder Ordnungsmäßigkeitsprüfungen zuständig.

Gesetzliche Befugnis und Unabhängigkeit

Gemäß der georgischen Verfassung und dem Kontrollkammergesetz ist die ORKB eine unabhängige Institution. Die Kammer ist die oberste Behörde und ist im Auftrag des Parlaments für die Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes verantwortlich. Sie überwacht die Verwendung der öffentlichen Mittel und anderer materieller

Ressourcen; sichert den Wohlstand des Landes und das Vermögen des Staates; führt Kontrollen und Prüfungen durch, um die gesetzliche, zweckmäßige, sparsame und wirksame Verwendung der Sach- und Geldressourcen zu gewährleisten.

Die Befugnisse der Kontrollkammer gelten im Rahmen ihrer Zuständigkeit für alle Organe von gesetzgebenden Behörden, vollziehenden Behörden und Justizbehörden, lokale Verwaltungsdienststellen, Sonderfonds des Staates, die Nationalbank von Georgien sowie für alle anderen mit der Verwaltung verbundenen Organisationen und Körperschaften.

Die Kontrollkammer verfügt über finanzielle, verfassungsmäßige und organisatorische Unabhängigkeit und erfüllt somit die Voraussetzungen für die Unabhängigkeit von ORKB (auf Grundlage der Deklaration von Lima).

Organisation

Der Leiter der Kontrollkammer von Georgien wird vom Parlament auf Vorschlag des Präsidenten gewählt. Die Amtszeit des ORKB-Leiters beträgt 5 Jahre, nach der ersten Wahl kann er zwei Mal wieder gewählt werden. Der Leiter kann nur durch das Parlament und nur bei Vorliegen einer strafbaren Handlung auf Antrag von zumindest einem Drittel der Parlamentsabgeordneten und mit der Mehrheit der Abgeordnetenstimmen seines Amtes enthoben werden. Präsidiumsmitglieder können auf Antrag des ORKB-Leiters an das Parlament oder den Präsidenten aus ihrem Amt entfernt werden.

Das Präsidium ist das oberste Führungsgremium der Kontrollkammer und besteht aus 13 Mitgliedern: dem ORKB-Leiter, der den Vorsitz im Präsidium innehat, den Stellvertretern des Leiters, den Abteilungsleitern und den Leitern der Kontrollkammern von Georgiens autonomen Republiken. Die Hälfte der Präsidiumsmitglieder wird vom Präsidenten ernannt und die andere Hälfte wird vom Parlament auf Vorschlag des ORKB-Leiters gewählt.

Die Tätigkeit der Kammer

Die Haupttätigkeit der Kontrollkammer von Georgien besteht in Ordnungs- und Gesetzmäßigkeitsprüfungen. Im November 2001 begann die Kammer mit der Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen, und ihre Abteilung für Reformen und Internationale Beziehungen nahm zum ersten Mal eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der diplomatischen Vertretung Georgiens in Großbritannien vor. Im Jahr 2000 begann die Kammer auf Wunsch des Präsidenten und des Parlaments mit finanzieller und fachlicher Unterstützung der Vereinigten Staaten, diverse Strafsachen unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsbekämpfung zu untersuchen.

Berichterstattung

Georgiens Kontrollkammer erstellt strategische Pläne und verabschiedet dementsprechende Jahresprüfungspläne. Liegen Prüfungsfeststellungen vor, entscheidet der Leiter, wem die Berichte vorgelegt werden müssen: dem Parlament, dem Präsidenten, und/oder bestimmten Ministerien. Die Kammer

veröffentlicht auch jährliche und halbjährliche Berichte über die Umsetzung des Haushalts, die vom Parlament überprüft werden.

Personalmanagement

Die Mitarbeiter der Kontrollkammer sind ausgebildete Buchsachverständige, Wirtschaftsexperten und Juristen. Dank der finanziellen Unterstützung des US-Justizministeriums und der Unterstützung der USAID, des US-Finanzministeriums und einiger Professoren der Staatsuniversität von Tiflis konnte die Kammer ein Testprüfungs- und Wettbewerbsverfahren einrichten. Für die Durchführung des Verfahrens wurden 1 000 Fachfragen vorbereitet, alle Mitarbeiter der zentralen und regionalen Einheiten der Kammer geschult und 3 000 Bücher, einschließlich aller relevanten Unterlagen und Dokumente, veröffentlicht und kostenlos an alle internen und externen Teilnehmer verteilt. Das gesamte Verfahren wurde unter der strengen Aufsicht internationaler Experten durchgeführt. Auf Grund dieses Verfahrens konnte das Qualifikationsniveau des Personals erhöht und die Anzahl der Mitarbeiter von 800 auf 700 reduziert und außerdem 200 hoch qualifizierte Experten neu eingestellt werden. Nach Abschluss des Verfahrens konnten sich alle unabhängigen Beobachter von Verwaltungsorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen, internationalen Organisationen, ausländischen Botschaften, Zeitungen und dem Fernsehen davon überzeugen, dass das Verfahren gut organisiert, transparent, objektiv und überaus professionell durchgeführt wurde.

Zukunftsansichten

Regionale Schulungsakademie für staatliche Rechnungsprüfer und Rat für öffentliche Finanzkontrolle. Mit der fachlichen Unterstützung der Europäischen Union, der USAID, dem US-Finanzministerium und dem US-Justizministerium hat die Kontrollkammer den Plan für die Einrichtung und den Aufbau der georgischen regionalen Schulungsakademie für staatliche Rechnungsprüfer und des Rats für öffentliche Finanzkontrolle erstellt und die Mittel dafür veranschlagt. Beide Organisationen werden in Novellen zum Kontrollkammergesetz erwähnt. Die Regionale Schulungsakademie für staatliche Rechnungsprüfer würde Mitarbeiter der Kammer und andere Mitarbeiter nach internationalen Richtlinien für Rechnungsprüfung und Rechnungswesen als Mitarbeiter der Innenrevision von Ministerien und Verwaltungsdienststellen ausbilden und ihnen ein entsprechendes Diplom verleihen. Außerdem könnten auch Rechnungsprüfer von ORKB der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ihre Ausbildung an der Akademie absolvieren. Der Rat für öffentliche Finanzkontrolle würde staatlichen Rechnungsprüfer nach dem Erhalt einer einschlägigen Ausbildung und eines Diploms von der Akademie die Konzession erteilen und sie in ihrer Arbeit überwachen.

Europäische Union. Georgiens Verwaltung beantragte im Juli 2001, dass der Europäische Expertenrat mit der Umsetzung des technischen Hilfsprogramms für die Kontrollkammer beginnen solle. Im Januar 2002 wurde die erste Phase des Programms abgeschlossen und im September 2002 begann die

zweite Stufe. Im Rahmen des Programms wurden von internationalen Experten mit Hilfe der Mitarbeiter der Kammer und in Übereinstimmung mit internationalen Prüfungsmethoden, der Ehrenordnung der Kammer, zukünftigen strategischen Entwicklungsplänen für die Kammer, dem Plan und dem Haushalt für die Einrichtung und den Aufbau der georgischen regionalen Schulungsakademie für staatliche Rechnungsprüfer sowie dem Rat für öffentliche Finanzkontrolle das Finanzkontrollgesetz sowie Novellen zum Kontrollkammergesetz und Prüfungsrichtlinien ausgearbeitet.

GTZ - Technisches Hilfsprogramm für die Kontrollkammer. Im Oktober 2001 unterzeichneten die Kontrollkammer und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eine Vereinbarung, der zufolge die GTZ gemeinsam mit der Europäischen Union Anfang 2003 ein technisches Hilfsprogramm für die Kammer ausarbeiten wird. Das Programm würde ein spezielles, computergestütztes System zur Überwachung der laufenden Finanz- und Wirtschaftstätigkeit in Georgien einrichten.

Schlussbemerkung

Heute bestehen Georgiens wichtigste Ziele darin, Mitglied der Europäischen Union und der NATO zu werden. Zu diesem Zweck ist es überaus wichtig, dass die ORKB des Landes ihre Tätigkeit im Einklang mit internationalen Normen durchführt. Daher hat das Präsidium der Kontrollkammer beschlossen, ihre Normen für Wirtschaftlichkeitsprüfung über die Abteilung für Reformen und internationale Beziehungen und über das Schulungszentrum der Kammer, das Anfang 2003 eingerichtet werden wird, umzusetzen. Als Folge der Aktivitäten der Kammer im Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfung wird Georgien ein klares Bild der Maßnahmen, Zeiträume und Institutionen erhalten, die zur Erreichung seiner Ziele erforderlich sind.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Chamber of Control of Georgia, 96 Ketevan Tsamebuli Avenue, Tbilisi, 380044, Georgien; Fax: ++ (995 32) 954469 oder ++ (995 32) 958849; E-Mail: chamber@gol.ge; Website: <http://chamber.gol.ge>. ■

(Fortsetzung von S 12)

Die Aktualität der Prüfung gewinnt ebenfalls an Bedeutung, insbesondere weil dadurch korrigierende Maßnahmen ergriffen werden können, die verhindern, dass ein Katastrophenhilfsprojekt selbst zu einer Katastrophe wird, und die eine zeitgerechte und wirksame Rechnungslegung garantieren.

Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, dass bestimmte Personen und Institutionen eine Katastrophensituation zu ihrem Vorteil nutzen können. Einige tun dies vielleicht unbeabsichtigt auf Grund der Notsituation in einer Krise. Solche Vorfälle lassen sich in verschiedenen Phasen

von Katastrophenmanagementprojekten, auch in den Planungs- und Umsetzungsphasen, beobachten. Daher ist Planung für Katastrophenmanagementprojekte, und auch für die Prüfung solcher Projekte, ein absolutes Muss. Versäumnisse in diesem Bereich könnten eine ganz andere Art von Katastrophe verursachen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General of Pakistan, Constitution Avenue, Islamabad 44000, Pakistan, Fax: 92 (51) 922 40 85, E-Mail: saipak@isbcomsats.net.pk. ■

Neuerscheinungen

Die Änderungen, die das Institute of Internal Auditors (IIA) jüngst an seinen *Grundsätzen für die berufliche Praxis der internen Revision* vorgenommen hat, sowie die damit verbundenen Änderungen der entsprechenden Praxisempfehlungen haben einen Bedarf nach aktualisierten Leitlinien für die Innenrevision geschaffen. Um diesen Bedarf zu decken, hat das IIA die vierte Ausgabe seines *Quality Assessment Manual* veröffentlicht, das sich mit den Änderungen der *Grundsätze* befasst und in dem optimale Vorgehensweisen für die Innenrevision entwickelt werden. Seit dem Erscheinen der letzten Ausgabe ist die Innenrevision zu einem zunehmend wichtigen Faktor in der Organisationsführung geworden, da es zu ihren Tätigkeiten zählt, Prüfungsziele mit Organisationszielen abzugleichen, zusätzlich zu den traditionellen Sicherungsaufgaben auch Beratungsdienste zu leisten und auch Geschäftsrisiken zu berücksichtigen. Der neue Leitfaden bietet einen Überblick über die jüngsten Änderungen bei den Berufsnormen und bei der Definition der Innenrevision, die für diese Überarbeitung ausschlaggebend waren. In dieser Publikation werden die Schlüsselemente und -überlegungen im Hinblick auf eine externe Überprüfung beschrieben, die zuerst die Gesamtwirtschaftlichkeit und -wirksamkeit der Prüfungsaktivität in Bezug auf ihre Funktionen und Grundsätze beurteilen sollte. Der aktualisierte Leitfaden ist erhältlich bei: **The Institute of Internal Auditors, 249 Maitland Avenue, Altamonte Springs, Florida 32701-4201 USA (Tel: ++407-830-7600, oder Fax: ++407-831-5171) oder über die Website: www.theiia.org.**

* * * * *

Das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaften hat ein neues Buch mit dem Titel *Managing Diversity in the Civil Service* herausgebracht. Das Buch beschäftigt sich mit dem Begriff der Vielfalt im weitesten Sinn und beleuchtet sie insbesondere als modernes Phänomen, das Verwaltungen und öffentliche Dienste auf der ganzen Welt beeinflusst. Vielfalt hat viele Formen: Alter, Rasse, Geschlecht, Religion, Sprache, Werte, Kulturen, soziale Schichten, etc. Auf indirekte Weise, als Folge der Globalisierung und des technischen Fortschritts, schafft Vielfalt ein hohes Maß an Heterogenität in der Gesellschaft. In einer Welt, die dem raschen Wandel unterworfen ist, muss dieses Phänomen der Vielfalt von allen öffentlichen Verwaltungen berücksichtigt werden. Das Buch ist erhältlich bei: **International Institute of Administrative Sciences, IOS Press Nieuwe Hemweg 6B, 1013 BG Amsterdam, Niederlande, (Tel: ++31 20 688 3355 oder Fax: ++31 20 620 3419).**

* * * * *

Die Kanadische Stiftung für umfassende Rechnungsprüfung (CCAF) hat vor kurzem ein Buch mit dem Titel *Accountability, Performance Reporting, Comprehensive Audit – An Integrated Perspective* veröffentlicht. Das Buch ist eine

wertvolle Hilfe für (1) alle, die Leistungs- und Führungsinformationen bereitstellen bzw. erhalten, (2) Praktiker, die den Anwendungsbereich von internen oder externen Prüfungen ausweiten möchten und (3) Wirtschaftsprüfer und Studenten dieses Fachs. Die Publikation enthält Elemente aus den Bereichen Politikwissenschaften, Geschichte, Rechnungsprüfung und Rechnungswesen und bietet ein ganzheitliches Bild der Entwicklung von Konzepten, Theorien und Grundsätzen der Rechnungslegung, ihrer Beziehung zur Unternehmensstruktur und Unternehmensführung und der Rolle der Entwicklung, Theorie und aktuellen Praktiken im Bereich von Leistungsberichterstattung und Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Buch befasst sich mit drei verschiedenen Schwerpunkten: erstens der Grundgedanke der Rechenschaftspflicht im öffentlichen Sektor, zweitens Grundsätze der Berichterstattung zur Vorlage von Leistungsberichten an Führungsgremien und drittens die Theorie und Praxis drei verschiedener Modelle der umfassenden Prüfung als wichtige Sicherungsmechanismen. Die Publikation ist in englischer und spanischer Sprache erhältlich bei: **Canadian Comprehensive Auditing Foudation, 55 Murray Street-Suite 210, Ottawa K1N 5M3, Kanada (Tel: ++613-241-6713, Fax: ++613-236-2150, Website: www.ccaf-fcvi.com).**

* * * * *

Die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle ist nach wie vor ein wichtiges Anliegen im öffentlichen und auch im privaten Sektor. Es dürfte die Leser der *Zeitschrift* interessieren, dass das US General Accounting Office eine Publikation mit dem Titel *Government Auditing Standards: Answers to Independence Standard Questions* herausgegeben hat. Darin werden drei Bereiche der Unabhängigkeit untersucht, (1) die Umsetzung und Anpassung der Unabhängigkeitsrichtlinie, (2) zugrunde liegende Konzepte und (3) die Anwendung der Richtlinie in konkreten Situationen außerhalb von Prüfungen. Laut David Walker, Comptroller General der Vereinigten, „sollten Prüfungsorganisationen dem Motto ‚Inhalt vor Form‘ folgen und die Art und die Bedeutung der Dienste für die geprüfte Stelle – d.h. die Fakten und die Umstände – berücksichtigen. Bevor sich eine Organisation bereit erklärt, auch andere Leistungen als Prüfungsdienste zu erbringen, sollte sie unbedingt bedenken, dass Situationen vermieden werden müssen, die vernünftige Dritte, die in Kenntnis der relevanten Fakten und Umstände sind, zu dem Schluss bringen, dass der Rechnungsprüfer bei der Durchführung der Prüfung seine Unabhängigkeit nicht wahren kann. Es ist von immanenter Wichtigkeit, dass Rechnungsprüfer unabhängig sind und auch als unabhängig angesehen werden.“

Die Publikation ist erhältlich bei: **U.S. General Accounting Office, 441 G Street NW, Room LM, Washington, DC 20548. (Tel: ++202-512-6000 oder Fax: ++202-512-6061 oder über die Website des GAO www.gao.gov). ■**

IDI Update

IDI Update informiert über die Entwicklungen bei der Tätigkeit und den Programmen der INTOSAI Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website unter <http://www.idi.no>.

Umweltprüfung und die IDI

Die IDI hat es sich zum Ziel gesetzt, ihre Beziehungen zu den ständigen Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI zu vertiefen. Bei einer gemeinsamen Projektsitzung der IDI und der Arbeitsgruppe für Umweltprüfung im Juli 2002 wurde über regionale Schulungsprogramme zu diesem wichtigen Thema diskutiert. Eine weitere Tagung zur Festlegung der Schulungsinhalte wird im November in Oslo stattfinden.

IDI Bulletin Board

Zur Zeit wird gerade die abschließende Überprüfung der englischen, spanischen und französischen Versionen des Bulletin Board durchgeführt, das den internationalen Schulungsexperten der IDI ermöglicht, ihre Meinungen zu Themen von allgemeinem Interesse auszutauschen. Das Bulletin Board soll Ende 2002 in Betrieb gehen, die arabische Version wird kurz darauf folgen.

Schulungswesen in der ARABOSAI

8 IDI/ARABOSAI Schulungsleiter werden von 30. September – 18. Oktober 2002 in Amman, Jordanien, zusammen treffen, um den 12-wöchigen Kursgestaltung- und Kursentwicklungsworkshop und den Workshop über Schulungstechniken in einen kombinierten 7-wöchigen Workshop umzugestalten.

ASOSAI-Bangkok und weitere Aktivitäten

Wie in der letzten Ausgabe von IDI Update berichtet, wird die Partnerschaft zwischen der ASOSAI, der Asiatischen Entwicklungsbank und der IDI die Ausbildung von 25 neuen Instruktoren für diese Region, insbesondere für Länder, die derzeit noch über keine Instruktoren verfügen, ermöglichen. Diese 25 ORKB-Mitarbeiter werden am Workshop für Kursgestaltung und Schulungstechniken in Bangkok, Thailand, teilnehmen. Die Themen, die für die im nächsten Jahr stattfindenden, nachfolgenden regionalen Prüfungsworkshops ausgewählt wurden, umfassen die Prüfung der Rechnungsführung und die Prüfung von Privatisierungen.

Zufriedenstellende Fortschritte bei der EUROSAI

Das erste langfristige regionale Schulungsprogramm (LTRTP) der EUROSAI wurde im September mit äußerst erfolgreichen Kursen in den Bereichen Betrugserkennung und

Prüfungen der Rechnungsführung durchgeführt. Absolventen des LTRTP veranstalteten diese Kurse für 26 Delegierte aus den 13 EU-Beitrittskandidaten. Der letzte Programmpunkt, ein zweiter regionaler Prüfungsworkshop wird im Februar 2003 auf Zypern stattfinden.

Die zweite Phase des EUROSAI Projekts, mit dem ein Pool von Schulungsleitern für die Balkanländer sowie die Länder Mittel- und Osteuropas eingerichtet werden soll, beginnt im November mit einem Workshop für strategische Planung, der im kroatischen Zagreb stattfinden wird.

Ein zweites gemeinsames Projekt der EUROSAI und der IDI war die Tagung der Instruktoren für den regionalen Prüfungsworkshop der EUROSAI. Die unten abgebildeten Instruktoren trafen sich im September 2002 in der estnischen Hauptstadt, Tallinn, um sich auf den Workshop vorzubereiten.



Die Gruppe der Instruktoren für den regionalen Prüfungsworkshop der EUROSAI tagte im September in Tallinn, Estland. Stehend von links nach rechts: Zoltan Giday (Ungarn), Zbyslaw Peter Dobrowolski (Polen), Michaela Pohanková (Tschechische Republik), Chrysostomos Nicolaou (Zypern), Tõnis Saar (Estland); und sitzend von links nach rechts: Goranka Kiralj (Slowenien), Aline Vienneau (Sachexpertin, Kanada), Louiza Avraamides (Zypern) und Manuela Lavinia Toma (Rumänien).

Workshop für Schulungstechniken in Afrika

Ende Oktober wird in Lesotho für die englischsprachigen ORKB in Afrika ein von der IDI finanzierter Workshop für IT-Prüfung und Schulungstechniken stattfinden. Dabei handelt es sich um den dritten Workshop für Schulungstechniken für englischsprachige afrikanische ORKB in diesem Jahr.

OLACEFS trifft Vorbereitungen für Seminar über Wirtschaftlichkeitsprüfung

Anfang Oktober 2002 stellten sechs Teilnehmer aus der OLACEFS die Kursunterlagen für ein Seminar über Wirtschaftlichkeitsprüfung, das im November in Bolivien für

25 OLACEFS Teilnehmer veranstaltet werden soll, fertig. Finanziert wurde der Workshop über die Gestaltung von Kursunterlagen, der Teil eines gemeinsamen Projekts für Kapazitätsbildung und technische Hilfe der OLACEFS, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und dem US General Accounting Office ist, von der IDI.

Kontaktadresse der IDI

Wenn Sie zu einem der Beiträge in dieser Ausgabe von IDI Update Stellung nehmen möchten, rufen Sie bitte + 47 22 24 13 49 oder senden Sie ein e-mail an idi@idi.no.

OLACEFS bestellt neuen Präsidenten und ein neues Generalsekretariat

Auf der 12. Tagung der OLACEFS, die vom 24. bis 28. September 2002 in Mexiko City stattfand, wurde Dr. Clodosbaldo Russian, Contralor General von Venezuela, zum Präsidenten der OLACEFS für 2003-2004 gewählt. Außerdem wählten die Delegierten Panama zum neuen Sitz des Generalsekretariats der OLACEFS für die Periode 2003-2008. Die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Republik von Panama wird von Contralor General Dr. Alvin Weeden Gamboa geleitet.

Die OLACEFS, die damals noch ILACIF hieß, wurde 1965 in Venezuela gegründet, und bis 1972 hatte Venezuela auch die Präsidentschaft und die Position des Generalsekretariats inne. Danach wechselten der Vorsitz und das Generalsekretariat nach Peru, Ecuador, Kolumbien, Peru, Mexiko und schließlich für den Zeitraum 1997-2000 erneut nach Peru. Im Rahmen einer Statutenänderung wurde die Präsidentschaft vom Generalsekretariat abgekoppelt und mit einer 2-jährigen Funktionsperiode versehen, während die Funktionsperiode für das Generalsekretariat 6 Jahre beträgt.

Die kubanische Hauptstadt Havanna, der Austragungsort des ersten INTOSAI Kongresses 1953, wurde als Ort für die 13. Tagung der OLACEFS im Jahr 2003, dem 50. Jahr des Bestehens der INTOSAI, festgelegt.



Die Auditoria Superior de la Federacion von Mexiko fungierte als Gastgeberin der 12. Tagung der OLACEFS im September 2002. Auf dem Bild zu sehen sind Arturo Gonzalez de Aragon, der Leiter der ORKB von Mexiko (links) und Vicente Fox, der Präsident von Mexiko (rechts) bei der Eröffnungszereemonie. Ein umfassender Artikel über die OLACEFS-Tagung wird in der Januar 2003-Ausgabe der Zeitschrift erscheinen.

Generalsekretariat veröffentlicht Circular 63

Das Generalsekretariat hat das Circular 63 herausgegeben, das ein Vorwort von Generalsekretär Fiedler und das Sitzungsprotokoll der beiden letzten Präsidialtagungen von Seoul, Korea, enthält. Dem Circular beigelegt ist ein aktualisiertes Mitgliederverzeichnis mit den Kontaktadressen der 184 Mitglieds-ORKB der INTOSAI, einschließlich ihrer E-Mail- und Website-Adressen.

In seinem Vorwort wies Dr. Fiedler auf das 50-Jahr-Jubiläum der INTOSAI im Jahr 2003 hin und benutzte diese Gelegenheit, um seine Überlegungen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der INTOSAI darzustellen. In einem Rückblick auf die 50-jährige Geschichte der Organisation schreibt er: „Die abgelaufenen 50 Jahre können ohne Einschränkung als Erfolgsstory bezeichnet werden. Am deutlichsten schlägt sich dieser Erfolg in der Zahl der Mitglieder der INTOSAI nieder, die von wenig mehr als 30 in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf über 180 angestiegen ist, womit nahezu der Mitgliederstand der Vereinten Nationen erreicht wird.“

Es ist bezeichnend, dass neu gegründete Oberste Rechnungskontrollbehörden regelmäßig sehr rasch nach ihrer Etablierung um die Aufnahme in die INTOSAI ansuchen und nur sehr wenige Oberste Rechnungskontrollbehörden den Weg zu unserer Organisation noch nicht gefunden haben. Dies spricht für die Attraktivität und den Stellenwert der INTOSAI in der internationalen Staatengemeinschaft.“

Eine der zahlreichen Stärken der INTOSAI als internationale Organisation betonend meinte Dr. Fiedler weiter: „Das in der stetig steigenden Mitgliederzahl manifestierte Vertrauen der Obersten Rechnungskontrollbehörden in die INTOSAI ist nicht zuletzt darin begründet, dass allen Mitgliedern, gleichgültig ob sie aus großen oder kleinen, reichen oder armen Staaten stammen, die gleichen Rechte zustehen. Damit ist zugleich auch garantiert, dass stets die Interessen der Mehrheit der Mitglieder gewahrt bleiben und Partikularinteressen hintangehalten werden.“

Der vollständige Wortlaut des Vorworts von Dr. Fiedler findet sich auf der Website der INTOSAI unter www.intosai.org oder kann schriftlich beim Generalsekretariat der INTOSAI, Dampfschiffstrasse 2, A-1033 Wien, Österreich, angefordert werden.

INTOSAI-Veranstaltungskalender 2002/2003

Oktober

ASOSAI/IDI Course Design and Instructional Techniques Workshop
Bangkok, Thailand
30. September bis 15. November

Commonwealth Auditors General Conference
Kuala Lumpur, Malaysia
6. bis 10. Oktober

AFROSAI-French/IDI Regional Audit Workshop
Dakar, Senegal
14. bis 16. Oktober

50. Tagung des Präsidiums der INTOSAI
Wien, Österreich
16. bis 18. Oktober

31. ASOSAI Präsidiumstagung
Manila, Philippinen
22. bis 24. Oktober

CAROSAI/IDI Design and Development Workshop
St. Kitts & Nevis
28. Oktober bis 9. Dezember

2003

Januar

EUROSAI Regional Training Committee Meeting
Lissabon, Portugal
20. bis 22. Januar

April

Treffen des Komitees für die Richtlinien für die Finanzkontrolle (Arbeitsgruppensitzung)
Washington D.C.
3. bis 4. April

Juli

November

IDI/Arbeitsgruppe Umweltprüfung Workshop
Oslo, Norwegen
4. bis 5. November

SPASAI/IDI Strategische Planung Workshop
Zagreb, Kroatien
11. bis 14. November

Treffen des Komitees für die EDV Prüfung
Neu Delhi, Indien
27. bis 29. November

Dezember

Februar

Mai

August

März

VN/INTOSAI Seminar über die Prüfung im Bildungsbereich
Wien, Österreich
31. März bis 4. April

Juni

September

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und –abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.